

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 13. Januar 2013 über die Vorrechte und Immunitäten der Internationalen Organisation für erneuerbare Energien

A. Problem und Ziel

Das Übereinkommen vom 13. Januar 2013 über die Vorrechte und Immunitäten der Internationalen Organisation für erneuerbare Energien soll die Rechte und Befugnisse der Internationalen Organisation für erneuerbare Energien (IRENA), ihres Personals und der Delegationen von Mitgliedern regeln.

B. Lösung

Durch das Vertragsgesetz werden die Voraussetzungen nach Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes für das völkerrechtliche Inkrafttreten des Übereinkommens geschaffen.

C. Alternativen

Keine.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Dem Bund, den Ländern und den Kommunen entstehen keine zusätzlichen Ausgaben.

E. Erfüllungsaufwand

E.1 Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger

Kein Erfüllungsaufwand.

E.2 Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

Kein Erfüllungsaufwand.

Davon Bürokratiekosten aus Informationspflichten

Keine.

E.3 Erfüllungsaufwand der Verwaltung

Kein Erfüllungsaufwand.

F. Weitere Kosten

Auswirkungen auf die sozialen Sicherungssysteme und Auswirkungen auf Einzelpreise sowie auf das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten. Für die Wirtschaft entstehen keine Kosten.

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
DIE BUNDESKANZLERIN

Berlin, 8. Mai 2013

An den
Präsidenten des
Deutschen Bundestages
Herrn Prof. Dr. Norbert Lammert
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Sehr geehrter Herr Präsident,

hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 13. Januar 2013
über die Vorrechte und Immunitäten der Internationalen Organisation für
erneuerbare Energien

mit Begründung und Vorblatt (Anlage 1).

Ich bitte, die Beschlussfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und
Reaktorsicherheit.

Der Bundesrat hat in seiner 909. Sitzung am 3. Mai 2013 gemäß Artikel 76
Absatz 2 des Grundgesetzes beschlossen, zu dem Gesetzentwurf wie aus
Anlage 2 ersichtlich Stellung zu nehmen.

Die Auffassung der Bundesregierung zu der Stellungnahme des Bundesrates ist
in der als Anlage 3 beigefügten Gegenäußerung dargelegt.

Mit freundlichen Grüßen



Anlage 1

Entwurf

**Gesetz
zu dem Übereinkommen vom 13. Januar 2013
über die Vorrechte und Immunitäten
der Internationalen Organisation für erneuerbare Energien**

Vom

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Abu Dhabi am 13. Januar 2013 von der Versammlung der Internationalen Organisation für erneuerbare Energien (IRENA) angenommenen Übereinkommen über die Vorrechte und Immunitäten der Internationalen Organisation für erneuerbare Energien wird zugestimmt. Das Übereinkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Übereinkommen nach seinem Artikel XII § 38 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Übereinkommen vom 13. Januar 2013 über die Vorrechte und Immunitäten der Internationalen Organisation für erneuerbare Energien findet Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist jedenfalls nach Artikel 105 Absatz 3 in Verbindung mit Artikel 106 Absatz 3, 5, 7 des Grundgesetzes erforderlich, da das Gesetz in Verbindung mit Artikel III § 8 Buchstabe a, Artikel III § 9 und Artikel VI § 18 Buchstabe b des Übereinkommens auch Vorrechte in Bezug auf Steuern begründet, deren Aufkommen den Ländern oder Gemeinden (Gemeindeverbänden) ganz oder zum Teil zufließt.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, zu dem das Übereinkommen nach seinem Artikel XII § 38 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Schlussbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet.

Der mit der Gewährung der Privilegien und Immunitäten für IRENA verbundene Verzicht des Bundes, der Länder und der Gemeinden auf Steuereinnahmen ist der Höhe nach nicht geeignet, Auswirkungen auf die Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, auszulösen.

**Übereinkommen
über die Vorrechte und Immunitäten
der Internationalen Organisation für erneuerbare Energien**

**Agreement
on Privileges and Immunities
for the International Renewable Energy Agency**

**Accord
sur les privilèges et immunités
de l'Agence internationale pour les énergies renouvelables**

Präambel

Da Artikel XIII Absatz A der Satzung der Internationalen Organisation für erneuerbare Energien vorsieht, dass die Internationale Organisation für erneuerbare Energien im Hoheitsgebiet jedes Mitglieds über die zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben und zur Erfüllung ihrer Zwecke erforderliche innerstaatliche Rechtsfähigkeit verfügt, und

da Artikel XIII Absatz B der Satzung der Internationalen Organisation für erneuerbare Energien vorsieht, dass die Mitglieder ein gesondertes Übereinkommen über Vorrechte und Immunitäten beschließen,

hat demgemäß die Versammlung durch einen am 13. Januar 2013 angenommenen Beschluss das nachstehende Übereinkommen genehmigt und allen Mitgliedern der Internationalen Organisation für erneuerbare Energien vorgeschlagen, es zu ratifizieren, anzunehmen oder zu genehmigen oder ihm beizutreten.

Preamble

Whereas Article XIII, paragraph A of the Statute of the International Renewable Energy Agency provides that the International Renewable Energy Agency shall enjoy in the territory of each Member such domestic legal capacity as may be necessary for the exercise of its functions and the fulfilment of its purposes; and

Whereas Article XIII, paragraph B of the Statute of the International Renewable Energy Agency provides that Members shall decide upon a separate agreement on privileges and immunities.

Consequently the Assembly by a decision adopted on the 13th of January 2013, approved the following Agreement and proposed it for ratification, acceptance, approval or accession by each Member of the International Renewable Energy Agency.

Préambule

Considérant que le paragraphe A de l'article XIII des Statuts de l'Agence internationale pour les énergies renouvelables stipule que l'Agence internationale pour les énergies renouvelables jouit, sur le territoire de chaque membre, de la capacité juridique nationale nécessaire à l'exercice de ses fonctions et à l'accomplissement de sa mission, et

Considérant que le paragraphe B de l'article XIII des Statuts de l'Agence internationale pour les énergies renouvelables stipule que les membres concluent un accord distinct sur les privilèges et immunités,

En conséquence, l'Assemblée, par décision adoptée le 13 janvier 2013, a approuvé l'Accord ci-après et l'a proposé à la ratification, à l'acceptation, à l'approbation ou à l'adhésion de chacun des membres de l'Agence internationale pour les énergies renouvelables.

**Artikel I
Begriffsbestimmungen**

§ 1

In diesem Übereinkommen

- a) bezeichnet das Wort „Satzung“ die Satzung der Internationalen Organisation

**Article I
Definitions**

Section 1

In this Agreement:

- (a) the word “Statute” means the Statute of the International Renewable Energy

**Article 1^{er}
Définitions**

Section 1

Aux fins du présent Accord:

- (a) le terme «Statuts» désigne les Statuts de l'Agence internationale pour les éner-

- für erneuerbare Energien, die bei der Gründungskonferenz der Internationalen Organisation für erneuerbare Energien am 26. Januar 2009 in Bonn, Bundesrepublik Deutschland, zur Unterzeichnung aufgelegt wurde und am 8. Juli 2010 in Kraft getreten ist;
- b) bezeichnet das Wort „Organisation“ die Internationale Organisation für erneuerbare Energien, die durch die Satzung gegründet wurde;
- c) bezeichnet das Wort „Mitglied“ oder „Mitglieder“ ein Mitglied oder Mitglieder der Organisation nach Artikel VI der Satzung;
- d) schließen im Sinne des Artikels III die Worte „Vermögenswerte, Gelder und Guthaben“ sämtliche Vermögenswerte, Gelder und Guthaben ein, die durch die Organisation in Ausübung ihrer in der Satzung festgelegten Befugnisse verwaltet werden;
- e) ist im Sinne der Artikel V und VIII der Ausdruck „Vertreter der Mitglieder“ dahin gehend aufzufassen, dass er alle Vertreter, Ersatzpersonen, Berater, technischen Sachverständigen und Sekretäre der Delegationen der Mitglieder umfasst;
- f) bezeichnet im Sinne der §§ 12, 13, 14 und 27 der Ausdruck „durch die Organisation einberufene Sitzungen“ die Sitzungen (1) der Versammlung und des Rates, (2) jeder von der Organisation einberufenen internationalen Konferenz und (3) jedes Ausschusses, jedes Unterausschusses oder jeder Arbeitsgruppe irgendeines der Organe der Organisation.
- Agency, which was opened for signature at the Founding Conference of the International Renewable Energy Agency which took place in Bonn, Federal Republic of Germany, on 26 January 2009 and entered into force on 8 July 2010;
- (b) the word “Agency” means the International Renewable Energy Agency established by the Statute;
- (c) the word “Member” or “Members” means a member or members of the Agency according to Article VI of the Statute;
- (d) for the purposes of Article III of this Agreement, the words “property, funds and assets” shall include any property, funds and assets administered by the Agency in furtherance of its functions as laid down in the Statute;
- (e) for the purposes of Article V and Article VIII of this Agreement, the expression “representatives of Members” shall be deemed to include all representatives, alternates, advisers, technical experts and secretaries of Members’ delegations; and
- (f) in sections 12, 13, 14 and 27 of this Agreement, the expression “meetings convened by the Agency” means meetings: (1) of the Assembly and of the Council, and (2) of any international conference convened by the Agency; and (3) of any committee, sub-committee or working group of any of the organs of the Agency.
- gies renouvelables, ouverts à la signature lors de la Conférence inaugurale de l’Agence internationale pour les énergies renouvelables tenue à Bonn (République fédérale d’Allemagne) le 26 janvier 2009 et entrés en vigueur le 8 juillet 2010;
- (b) le terme «Agence» désigne l’Agence internationale pour les énergies renouvelables créée par les Statuts;
- (c) les termes «membre» ou «membres» désignent un membre ou des membres de l’Agence conformément à l’article VI des Statuts;
- (d) aux fins de l’article III du présent Accord, les termes «biens, fonds et avoirs» s’appliquent à tous les biens, fonds et avoirs administrés par l’Agence en vertu de ses fonctions telles que définies dans les Statuts;
- (e) aux fins des articles V et VIII du présent Accord, l’expression «représentants des membres» est considérée comme comprenant tous les représentants, suppléants, conseillers, experts techniques et secrétaires des délégations des membres; et
- (f) aux fins des sections 12, 13, 14 et 27 du présent Accord, l’expression «réunions convoquées par l’Agence» désigne les réunions (1) de l’Assemblée et du Conseil, (2) de toute conférence internationale convoquée par l’Agence, et (3) de tout comité, sous-comité ou groupe de travail de l’un quelconque des organes de l’Agence.

Artikel II**Rechtspersönlichkeit**

§ 2

Die Organisation besitzt Rechtspersönlichkeit. Sie kann

- a) Verträge schließen,
- b) unbewegliches und bewegliches Vermögen erwerben und veräußern und
- c) vor Gericht stehen.

Article II**Legal Personality**

Section 2

The Agency shall possess legal personality. It shall have the capacity:

- (a) To contract;
- (b) To acquire and dispose of immovable and movable property; and
- (c) To institute legal proceedings.

Article II**Personnalité juridique**

Section 2

L’Agence possède la personnalité juridique. Elle a la capacité:

- (a) de contracter;
- (b) d’acquérir et de vendre des biens immobiliers et mobiliers; et
- (c) d’ester en justice.

Artikel III**Vermögenswerte, Gelder und Guthaben**

§ 3

Die Organisation, ihre Vermögenswerte und Guthaben, gleichviel wo und in wessen Besitz sie sich befinden, genießen Immunität von jeder Gerichtsbarkeit, soweit nicht im Einzelfall die Versammlung ausdrücklich darauf verzichtet hat. Ein solcher Verzicht erstreckt sich jedoch nicht auf Vollstreckungsmaßnahmen.

Article III**Property, Funds and Assets**

Section 3

The Agency, its property and assets, wherever located and by whomsoever held, shall enjoy immunity from every form of legal process except in so far as in any particular case the Assembly has expressly waived the immunity of the Agency. It is, however, understood that no waiver of immunity shall extend to any measure of execution.

Article III**Biens, fonds et avoirs**

Section 3

L’Agence, ses biens et avoirs, quels que soient leur siège ou leur détenteur, jouissent de l’immunité de juridiction, sauf dans la mesure où l’Assemblée a expressément renoncé à l’immunité de l’Agence, dans un cas particulier. Il est toutefois entendu que la renonciation ne peut s’étendre à des mesures d’exécution.

§ 4

Die Räumlichkeiten der Organisation sind unverletzlich. Vermögen und Guthaben der Organisation, gleichviel wo und in wessen Besitz sie sich befinden, sind der Durchsuchung, Beschlagnahme, Einziehung, Enteignung und jeder sonstigen Form eines Eingriffs durch die vollziehende Gewalt, die Verwaltung, die Justiz oder die Gesetzgebung entzogen.

Section 4

The premises of the Agency shall be inviolable. The property and assets of the Agency, wherever located and by whomsoever held, shall be immune from search, requisition, confiscation, expropriation and any other form of interference, whether by executive, administrative, judicial or legislative action.

Section 4

Les locaux de l'Agence sont inviolables. Ses biens et avoirs, où qu'ils se trouvent et quel que soit leur détenteur, sont exempts de perquisition, réquisition, confiscation, expropriation ou de toute autre forme de contrainte exécutive, administrative, judiciaire ou législative.

§ 5

Die Archive der Organisation und alle ihr gehörenden oder in ihrem Besitz befindlichen Dokumente sind unverletzlich, gleichviel wo sie sich befinden.

Section 5

The archives of the Agency, and in general all documents belonging to it or held by it, shall be inviolable, wherever located.

Section 5

Les archives de l'Agence et, d'une manière générale, tous les documents lui appartenant ou détenus par elle, sont inviolables, où qu'ils se trouvent.

§ 6

Ohne irgendwelchen finanziellen Kontrollen, Regelungen oder Stillhaltemaßnahmen unterworfen zu sein, kann die Organisation

- a) Gelder, Gold oder Devisen jeder Art besitzen und Konten in jeder Währung unterhalten;
- b) ihre Gelder, ihr Gold oder ihre Devisen von einem Staat in einen anderen Staat oder innerhalb eines Staates frei transferieren sowie alle in ihrem Besitz befindlichen Devisen in jede andere Währung umwechseln.

Section 6

Without being restricted by financial controls, regulations or moratoria of any kind:

- (a) The Agency may hold funds, gold or currency of any kind and operate accounts in any currency;
- (b) The Agency may freely transfer its funds, gold or currency from one country to another or within any country and convert any currency held by it into any other currency.

Section 6

Sans être astreinte à aucun contrôle, réglementation ou moratoire financiers:

- (a) l'Agence peut détenir des fonds, de l'or ou des devises quelconques et avoir des comptes en n'importe quelle monnaie;
- (b) l'Agence peut transférer librement ses fonds, son or ou ses devises d'un pays dans un autre ou à l'intérieur d'un pays quelconque et convertir toutes devises détenues par elle en toute autre monnaie.

§ 7

Bei der Ausübung der ihr in § 6 gewährten Rechte berücksichtigt die Organisation alle Vorstellungen eines Mitglieds, das Vertragspartei dieses Übereinkommens ist, soweit sie dies nach ihrem Dafürhalten tun kann, ohne die Interessen der Organisation zu schädigen.

Section 7

The Agency shall, in exercising its rights under section 6 above, pay due regard to any representations made by a Member party to this Agreement in so far as it is considered that effect can be given to such representations without detriment to the interests of the Agency.

Section 7

Dans l'exercice des droits qui lui sont accordés en vertu de la section 6 ci-dessus, l'Agence tient compte de toutes représentations d'un membre partie au présent Accord dans la mesure où elle estime pouvoir y donner suite sans porter préjudice à ses propres intérêts.

§ 8

Die Organisation, ihre Guthaben, Einkünfte und sonstigen Vermögenswerte sind befreit

- a) von jeder direkten Steuer; die Organisation wird jedoch nicht die Befreiung von Steuern verlangen, die nur eine Vergütung für Leistungen öffentlicher Versorgungsdienste darstellen;
- b) von allen Zöllen, Ein- und Ausfuhrverboten und -beschränkungen hinsichtlich der von der Organisation zu ihrem amtlichen Gebrauch eingeführten oder ausgeführten Gegenstände; die auf diese Weise zollfrei eingeführten Gegenstände dürfen jedoch nicht in dem Staat verkauft werden, in den sie eingeführt wurden, es sei denn, dass der Verkauf zu Bedingungen erfolgt, denen die Regierung dieses Staates zugestimmt hat;
- c) von allen Zöllen, Ein- und Ausfuhrverboten und -beschränkungen hinsichtlich ihrer Veröffentlichungen.

Section 8

The Agency, its assets, income and other property shall be:

- (a) Exempt from all direct taxes; it is understood, however, that the Agency will not claim exemption from taxes which are, in fact, no more than charges for public utility services;
- (b) Exempt from customs duties and prohibitions and restrictions on imports and exports in respect of articles imported or exported by the Agency for its official use; it is understood, however, that articles imported under such exemption will not be sold in the country into which they were imported except under conditions agreed to with the Government of that country;
- (c) Exempt from duties and prohibitions and restrictions on imports and exports in respect of its publications.

Section 8

L'Agence, ses avoirs, revenus et autres biens sont:

- (a) exonérés de tout impôt direct; il demeure entendu, toutefois, que l'Agence ne peut demander l'exonération d'impôts qui représentent, en fait, la simple rémunération de services d'utilité publique;
- (b) exonérés de tous droits de douane et prohibitions et restrictions d'importation ou d'exportation à l'égard d'objets importés ou exportés par l'Agence pour son usage officiel; il est entendu, toutefois, que les articles ainsi importés en franchise ne seront pas vendus sur le territoire du pays dans lequel ils auront été introduits, à moins que ce ne soit à des conditions agréées par le gouvernement de ce pays;
- (c) exonérés de tout droit de douane et de toutes prohibitions et restrictions d'importation et d'exportation à l'égard de ses publications.

§ 9

Die Organisation beansprucht grundsätzlich keine Befreiung von Verbrauchsteuern und Verkaufsabgaben, die im Preis von beweglichem oder unbeweglichem Vermögen enthalten sind; bei größeren Einkäufen der Organisation für ihren amtlichen Bedarf werden jedoch die Mitglieder, die Vertragsparteien dieses Übereinkommens sind, wenn im Preis derartige Steuern und Abgaben enthalten sind, nach Möglichkeit die geeigneten Verwaltungsanordnungen für den Nachlass oder die Erstattung des Betrags dieser Steuern und Abgaben treffen.

Artikel IV**Erleichterungen im Nachrichtenverkehr**

§ 10

Die Organisation genießt im Hoheitsgebiet eines jeden Staates, der Vertragspartei dieses Übereinkommens ist, für ihren amtlichen Nachrichtenverkehr keine weniger günstige Behandlung, als sie von der Regierung dieses Staates jeder anderen Regierung einschließlich deren diplomatischer Mission gewährt wird in Bezug auf Prioritäten, Tarife und Abgaben im Postverkehr, für Kabelgramme, Telegramme, Funktelegramme, Funkbilder, Fernspreverbindungen und sonstige Formen des Nachrichtenverkehrs, einschließlich der elektronischen Kommunikation, sowie in Bezug auf Presstarife für Presse- und Rundfunkinformationen.

§ 11

Die amtliche Korrespondenz und der übrige amtliche Nachrichtenverkehr der Organisation unterliegen nicht der Zensur. Die Organisation hat das Recht, Verschlüsselungen zu verwenden sowie ihre Korrespondenz durch Kurier oder in versiegelten Behältern zu versenden und zu empfangen, wofür die gleichen Immunitäten und Vorrechte gelten wie für diplomatische Kurier und diplomatisches Kuriergepäck. Dieser Paragraph ist nicht so auszulegen, als würde er die Einführung geeigneter Sicherheitsmaßnahmen ausschließen, die zwischen einem Mitglied und der Organisation durch Vereinbarung festgelegt werden.

Artikel V**Vertreter der Mitglieder**

§ 12

Die Vertreter der Mitglieder auf den durch die Organisation einberufenen Sitzungen genießen während der Wahrnehmung ihrer Aufgaben und auf ihren Reisen zum und vom Sitzungsort folgende Vorrechte und Immunitäten:

- a) Immunität von Festnahme oder Haft und von der Beschlagnahme ihres persönlichen Gepäcks und in Bezug auf Handlungen, die sie in amtlicher Eigenschaft vorgenommen haben (einschließlich ih-

Section 9

While the Agency will not, as a general rule, claim exemption from excise duties and from taxes on the sale of movable and immovable property which form part of the price to be paid, nevertheless when the Agency is making important purchases for official use of property on which such duties and taxes have been charged or are chargeable, Members party to this Agreement will, whenever possible, make appropriate administrative arrangements for the remission or return of the amount of duty or tax.

Article IV**Facilities in Respect of Communications**

Section 10

The Agency shall enjoy, in the territory of each State party to this Agreement, for its official communications, treatment not less favourable than that accorded by the Government of such State to any other Government, including the latter's diplomatic mission, in the matter of priorities, rates and taxes on mails, cables, telegrams, radiograms, telephotos, telephone and other communications, including electronic communications, and press rates for information to the press and radio.

Section 11

No censorship shall be applied to the official correspondence and other official communications of the Agency. The Agency shall have the right to use codes and to dispatch and receive correspondence by courier or in sealed bags, which shall have the same immunities and privileges as diplomatic couriers and bags. Nothing in this section shall be construed to preclude the adoption of appropriate security precautions to be determined by agreement between a Member and the Agency.

Article V**Representatives of Members**

Section 12

Representatives of Members at meetings convened by the Agency shall, while exercising their functions and during their journeys to and from the place of meeting, enjoy the following privileges and immunities:

- (a) Immunity from personal arrest or detention and from seizure of their personal baggage, and in respect of words spoken or written and all acts done by them in their official capacity, immunity

Section 9

Bien que l'Agence ne revendique pas, en principe, l'exonération des droits d'accise et des taxes à la vente entrant dans le prix des biens mobiliers ou immobiliers, cependant, quand elle effectue pour son usage officiel des achats importants dont le prix comprend des droits et taxes de cette nature, les membres parties au présent Accord prennent, chaque fois qu'il leur est possible, les dispositions administratives appropriées en vue de la remise ou du remboursement du montant de ces droits et taxes.

Article IV**Facilités de communications**

Section 10

L'Agence bénéficie, sur le territoire de chaque État partie au présent Accord, pour ses communications officielles, d'un traitement au moins aussi favorable que le traitement accordé par le gouvernement de cet État à tout autre gouvernement, y compris sa mission diplomatique, en ce qui concerne les priorités, tarifs et taxes sur le courrier, les câblogrammes, télégrammes, radiotélégrammes, téléphotos, communications téléphoniques et autres communications, y compris les communications électroniques, ainsi que sur les tarifs de presse pour les informations à la presse et la radio.

Section 11

La correspondance officielle et les autres communications officielles de l'Agence ne peuvent être censurées. L'Agence a le droit d'employer des codes ainsi que d'expédier et de recevoir sa correspondance par des courriers ou valises scellées qui jouissent des mêmes privilèges et immunités que les courriers et valises diplomatiques. La présente section ne peut en aucune manière être interprétée comme interdisant l'adoption de mesures de sécurité appropriées à déterminer suivant accord entre le membre et l'Agence.

Article V**Représentants des membres**

Section 12

Les représentants des membres aux réunions convoquées par l'Agence jouissent, dans l'exercice de leurs fonctions et au cours de leurs voyages à destination ou en provenance du lieu de la réunion, des privilèges et immunités suivants:

- (a) immunité d'arrestation personnelle ou de détention et de saisie de leurs bagages personnels et en ce qui concerne les actes accomplis par eux en leur qualité officielle (y compris leurs paroles et

- | | | |
|--|--|---|
| <p>rer mündlichen und schriftlichen Äußerungen), Immunität von jeder Gerichtsbarkeit;</p> <p>b) Unverletzlichkeit aller Papiere und Dokumente;</p> <p>c) das Recht, Verschlüsselungen zu benutzen und Schriftstücke oder Korrespondenz durch Kurier oder in versiegelten Behältern zu erhalten;</p> <p>d) Befreiung für sich selbst und für ihre Ehegatten von allen Einwanderungsbeschränkungen, der Ausländermeldepflicht und von allen Verpflichtungen zur nationalen Dienstleistung in den Staaten, die sie in Wahrnehmung ihrer Aufgaben besuchen oder durchreisen;</p> <p>e) dieselben Erleichterungen, wie sie in Bezug auf Währungs- und Devisenbeschränkungen den Vertretern ausländischer Regierungen in vorübergehendem amtlichem Auftrag gewährt werden;</p> <p>f) dieselben Immunitäten und Erleichterungen, wie sie bezüglich ihres persönlichen Gepäcks den in vergleichbarem Rang stehenden Mitgliedern diplomatischer Missionen gewährt werden.</p> | <p>from legal process of every kind;</p> <p>(b) Inviolability for all papers and documents;</p> <p>(c) The right to use codes and to receive papers or correspondence by courier or in sealed bags;</p> <p>(d) Exemption in respect of themselves and their spouses from immigration restrictions, aliens' registration or national service obligations in the State which they are visiting or through which they are passing in the exercise of their functions;</p> <p>(e) The same facilities in respect of currency or exchange restrictions as are accorded to representatives of foreign Governments on temporary official missions;</p> <p>(f) The same immunities and facilities in respect of their personal baggage as are accorded to members of comparable rank of diplomatic missions.</p> | <p>écrits), immunité de toute juridiction;</p> <p>(b) inviolabilité de tous papiers et documents;</p> <p>(c) droit de faire usage de codes et de recevoir des documents ou de la correspondance par courrier ou par valises scellées;</p> <p>(d) exemption pour eux-mêmes et pour leurs conjoints à l'égard de toutes mesures restrictives relatives à l'immigration, de toutes formalités d'enregistrement des étrangers, et de toutes obligations de service national dans les pays visités ou traversés par eux dans l'exercice de leurs fonctions;</p> <p>(e) mêmes facilités en ce qui concerne les restrictions monétaires ou de change que celles qui sont accordées aux représentants de gouvernements étrangers en mission officielle temporaire;</p> <p>(f) mêmes immunités et facilités en ce qui concerne leurs bagages personnels que celles qui sont accordées aux membres des missions diplomatiques de rang comparable.</p> |
|--|--|---|

§ 13

Section 13

Section 13

Um den Vertretern der Mitglieder bei den durch die Organisation einberufenen Sitzungen volle Freiheit des Wortes und völlige Unabhängigkeit bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben zu gewährleisten, wird ihnen die Immunität von der Gerichtsbarkeit in Bezug auf ihre mündlichen und schriftlichen Äußerungen und Handlungen, die sie in Wahrnehmung ihrer Aufgaben vornehmen, auch dann noch gewährt, wenn sie nicht mehr mit der Wahrnehmung dieser Aufgaben befasst sind.

In order to secure for the representatives of Members at meetings convened by the Agency complete freedom of speech and complete independence in the discharge of their duties, the immunity from legal process in respect of words spoken or written and all acts done by them in discharging their duties shall continue to be accorded, notwithstanding that the persons concerned are no longer engaged in the discharge of such duties.

En vue d'assurer aux représentants des membres aux réunions convoquées par l'Agence une complète liberté de parole et une complète indépendance dans l'accomplissement de leurs fonctions, l'immunité de juridiction en ce qui concerne les paroles ou les écrits ou les actes émanant d'eux dans l'accomplissement de leurs fonctions continue à leur être accordée même après que le mandat de ces personnes a pris fin.

§ 14

Section 14

Section 14

Hängt die Erhebung einer Steuer vom Aufenthalt des Steuerpflichtigen ab, so gelten die Zeiten, während derer sich die Vertreter der Mitglieder auf durch die Organisation einberufenen Sitzungen zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben im Hoheitsgebiet eines Mitglieds befinden, das Vertragspartei dieses Übereinkommens ist, nicht als Aufenthaltszeiten.

Where the incidence of any form of taxation depends upon residence, periods during which the representatives of Members are present at meetings convened by the Agency in the territory of a Member party to this Agreement for the discharge of their duties shall not be considered as periods of residence.

Dans le cas où l'incidence d'un impôt quelconque est subordonnée à la résidence de l'assujetti, les périodes pendant lesquelles les représentants des membres aux réunions convoquées par l'Agence se trouvent sur le territoire d'un membre partie au présent Accord pour l'exercice de leurs fonctions ne sont pas considérées comme des périodes de résidence.

§ 15

Section 15

Section 15

Die Vorrechte und Immunitäten werden den Vertretern der Mitglieder nicht zu ihrem persönlichen Vorteil gewährt, sondern zu dem Zweck, die unabhängige Wahrnehmung ihrer mit der Organisation zusammenhängenden Aufgaben sicherzustellen. Daher hat ein Mitglied nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, die Immunität seines Vertreters in allen Fällen aufzuheben, in denen nach seiner Auffassung die Immunität verhindern würde, dass der Gerechtigkeit Genüge geschieht, und in denen die Immunität ohne Beeinträchtigung des Zwecks, für den sie gewährt wird, aufgehoben werden kann.

Privileges and immunities are accorded to the representatives of Members, not for the personal benefit of the individuals themselves, but in order to safeguard the independent exercise of their functions in connexion with the Agency. Consequently, a Member not only has the right but is under a duty to waive the immunity of its representatives in any case where, in the opinion of the Member, the immunity would impede the course of justice, and where it can be waived without prejudice to the purpose for which the immunity is accorded.

Les privilèges et immunités sont accordés aux représentants des membres, non pour leur bénéfice personnel, mais dans le but d'assurer en toute indépendance l'exercice de leurs fonctions par rapport à l'Agence. Par conséquent, un membre a non seulement le droit, mais le devoir de lever l'immunité de son représentant dans tous les cas où, à son avis, l'immunité empêcherait que justice ne soit faite et où elle peut être levée sans nuire au but pour lequel l'immunité a été accordée.

§ 16

Die §§ 12, 13 und 14 können nicht gegenüber den Behörden des Mitglieds geltend gemacht werden, dessen Staatsangehörigkeit der Vertreter hat oder das er vertritt oder vertreten hat.

Artikel VI
Bedienstete

§ 17

Die Organisation bestimmt die Gruppen von Bediensteten, auf die dieser Artikel Anwendung findet. Sie benachrichtigt die Mitglieder hiervon. Die Namen der zu diesen Gruppen gehörenden Bediensteten sind in kurzen Zeitabständen den Mitgliedern mitzuteilen.

§ 18

Die Bediensteten der Organisation

- a) genießen Immunität von der Gerichtsbarkeit in Bezug auf die von ihnen in ihrer amtlichen Eigenschaft vorgenommenen Handlungen (einschließlich ihrer mündlichen und schriftlichen Äußerungen);
- b) genießen Steuerbefreiung in Bezug auf die ihnen von der Organisation gezahlten Gehälter und Bezüge;
- c) sind, ebenso wie ihre Ehegatten und die von ihnen unterhaltenen Familienmitglieder, weder Einwanderungsbeschränkungen noch der Ausländermeldepflicht unterworfen;
- d) genießen in Bezug auf Devisenerleichterungen dieselben Vorrechte wie die in vergleichbarem Rang stehenden Bediensteten diplomatischer Missionen;
- e) erhalten, ebenso wie ihre Ehegatten und die von ihnen unterhaltenen Familienmitglieder, in Zeiten internationaler Krisen dieselben Erleichterungen bezüglich ihrer Heimtschaffung wie die in vergleichbarem Rang stehenden Bediensteten diplomatischer Missionen;
- f) genießen das Recht, ihre Möbel und ihre persönliche Habe bei ihrem ersten Amtsantritt in den in Betracht kommenden Staat zollfrei einzuführen.

§ 19

(1) Die Bediensteten der Organisation sind von jeder nationalen Dienstleistung befreit; diese Befreiung ist jedoch in Bezug auf die Mitglieder, deren Staatsangehörigkeit sie besitzen, auf diejenigen Bediensteten der Organisation beschränkt, die im Hinblick auf ihr Amt namentlich in einer Liste verzeichnet sind, die von dem Generaldirektor der Organisation aufgestellt und von dem entsprechenden Mitglied genehmigt ist.

(2) Im Fall der Einberufung anderer Bediensteter der Organisation zum nationalen

Section 16

The provisions of sections 12, 13 and 14 are not applicable in relation to the authorities of a Member of which the person is a national or of which he or she is or has been a representative.

Article VI
Officials

Section 17

The Agency will specify the categories of officials to which the provisions of this Article shall apply. It shall communicate them to Members. The names of the officials included in these categories shall from time to time be made known to Members.

Section 18

Officials of the Agency shall:

- (a) Be immune from legal process in respect of words spoken or written and all acts performed by them in their official capacity;
- (b) Enjoy exemptions from taxation in respect of the salaries and emoluments paid to them by the Agency;
- (c) Be immune, together with their spouses and relatives dependent on them, from immigration restrictions and alien registration;
- (d) Be accorded the same privileges in respect of exchange facilities as are accorded to officials of comparable rank of diplomatic missions;
- (e) Be given, together with their spouses and relatives dependent on them, the same repatriation facilities in time of international crises as officials of comparable rank of diplomatic missions;
- (f) Have the right to import free of duty their furniture and effects at the time of first taking up their post in the country in question.

Section 19

1. The officials of the Agency shall be exempt from national service obligations, provided that in relation to the Members of which they are nationals, such exemption shall be confined to officials of the Agency whose names have, by reason of their duties, been placed upon a list compiled by the Director-General of the Agency and approved by the Member concerned.

2. Should other officials of the Agency be called up for national service, the Mem-

Section 16

Les dispositions des sections 12, 13 et 14 ne sont pas opposables aux autorités du membre dont la personne est ressortissante ou dont elle est ou a été le représentant.

Article VI
Fonctionnaires

Section 17

L'Agence détermine les catégories de fonctionnaires auxquelles s'appliquent les dispositions du présent article. Elle en donne communication aux membres. Les noms des fonctionnaires compris dans ces catégories sont communiqués aux membres de temps à autre.

Section 18

Les fonctionnaires de l'Agence:

- (a) jouissent de l'immunité de juridiction pour les actes accomplis par eux en leur qualité officielle (y compris leurs paroles et écrits);
- (b) jouissent des exonérations d'impôt en ce qui concerne les traitements et émoluments qui leur sont versés par l'Agence;
- (c) ne sont pas soumis, non plus que leurs conjoints et les membres de leur famille vivant à leur charge, aux mesures restrictives relatives à l'immigration, ni aux formalités d'enregistrement des étrangers;
- (d) jouissent, en ce qui concerne les facilités de change, des mêmes privilèges que les membres des missions diplomatiques de rang comparable;
- (e) jouissent, en période de crise internationale, ainsi que leurs conjoints et les membres de leur famille vivant à leur charge, des mêmes facilités de rapatriement que les membres des missions diplomatiques de rang comparable;
- (f) jouissent du droit d'importer en franchise leur mobilier et leurs effets à l'occasion de leur première prise de fonction dans le pays concerné.

Section 19

1. Les fonctionnaires de l'Agence sont exempts de toute obligation relative au service national; toutefois, cette exemption est, par rapport aux membres dont ils sont les ressortissants, limitée à ceux des fonctionnaires de l'Agence qui, en raison de leurs fonctions, ont été nommément désignés sur une liste établie par le Directeur général de l'Agence et approuvée par le membre concerné.

2. En cas d'appel au service national d'autres fonctionnaires de l'Agence, le

Dienst gewährt das beteiligte Mitglied auf Antrag der Organisation Aufschubfristen für die Einberufung, soweit sie zur Vermeidung der Unterbrechung des notwendigen Dienstes erforderlich sind.

§ 20

Außer den in den §§ 18 und 19 vorgesehenen Immunitäten und Vorrechten genießt der Generaldirektor der Organisation sowie jeder in seinem Namen während seiner Abwesenheit tätige Bedienstete für sich selbst und seinen Ehegatten und seine minderjährigen Kinder die Vorrechte, Immunitäten, Befreiungen und Erleichterungen, die nach dem Völkerrecht den Diplomaten gewährt werden.

§ 21

Die Vorrechte und Immunitäten werden den Bediensteten lediglich im Interesse der Organisation und nicht zu ihrem persönlichen Vorteil gewährt. Der Generaldirektor hat das Recht und die Pflicht, die einem Bediensteten gewährte Immunität in allen Fällen aufzuheben, in denen nach seiner Auffassung die Immunität verhindern würde, dass der Gerechtigkeit Genüge geschieht, und in denen die Immunität ohne Beeinträchtigung der Interessen der Organisation aufgehoben werden kann. In Bezug auf den Generaldirektor hat die Versammlung das Recht, die Immunität aufzuheben.

§ 22

Die Organisation arbeitet jederzeit mit den zuständigen Behörden der Mitglieder zusammen, die Vertragsparteien dieses Übereinkommens sind, um eine geordnete Rechtspflege zu erleichtern, die Einhaltung polizeilicher Bestimmungen sicherzustellen und jeden Missbrauch zu verhindern, zu dem die in diesem Artikel aufgeführten Vorrechte, Immunitäten und Erleichterungen Anlass geben könnten.

Artikel VII Sachverständige

§ 23

(1) Sachverständige (mit Ausnahme der in den Geltungsbereich des Artikels VI fallenden Bediensteten), die in Ausschüssen oder Arbeitsgruppen der Organisation tätig sind oder Aufträge für die Organisation durchführen, genießen die folgenden Vorrechte und Immunitäten, soweit dies für die wirksame Wahrnehmung ihrer Aufgaben erforderlich ist, und zwar auch während der im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit in diesen Ausschüssen oder Arbeitsgruppen oder mit diesen Aufträgen stehenden Reisen:

- a) Immunität von Festnahme und von der Beschlagnahme ihres persönlichen Gepäcks;
- b) Immunität von jeder Gerichtsbarkeit hinsichtlich der von ihnen bei der Wahrnehmung ihrer amtlichen Aufgaben vorgenommenen Handlungen (einschließlich

ber concerned shall, at the request of the Agency, grant such temporary deferments in the call-up of such officials as may be necessary to avoid interruption in the continuation of essential work.

Section 20

In addition to the immunities and privileges specified in sections 18 and 19, the Director-General of the Agency, including any official acting on his behalf during his absence from duty, shall be accorded in respect of himself, his spouse and minor children, the privileges and immunities, exemptions and facilities accorded to diplomatic agents, in accordance with international law.

Section 21

Privileges and immunities are granted to officials in the interests of the Agency only and not for personal benefit of the individuals themselves. The Director-General shall have the right and the duty to waive the immunity of any official in any case where, in his or her opinion, the immunity would impede the course of justice and can be waived without prejudice to the interests of the Agency. In the case of the Director-General, the Assembly shall have the right to waive the immunity.

Section 22

The Agency shall co-operate at all times with the appropriate authorities of Members party to this Agreement in order to facilitate the proper administration of justice, secure the observance of police regulations and prevent the occurrence of any abuses in connexion with the privileges, immunities and facilities mentioned in this Article.

Article VII Experts

Section 23

1. Experts (other than officials coming within the scope of Article VI) serving on committees or working groups of, or performing missions for, the Agency shall be accorded the following privileges and immunities so far as is necessary for the effective exercise of their functions, including the time spent on journeys in connexion with service on such committees, working groups or missions:

- (a) Immunity from personal arrest or seizure of their personal baggage;
- (b) In respect of words spoken or written or acts done by them in the performance of their official functions, immunity from legal process of every kind, such immu-

membré concerné accorde, à la demande de l'Agence, les sursis d'appel qui pourraient être nécessaires en vue d'éviter l'interruption d'un service essentiel.

Section 20

Outre les privilèges et immunités prévus aux sections 18 et 19, le Directeur général de l'Agence, ainsi que tout fonctionnaire agissant en son nom pendant son absence, tant en ce qui le concerne qu'en ce qui concerne ses conjoint et enfants mineurs, jouit des privilèges, immunités, exemptions et facilités accordés, conformément au droit international, aux agents diplomatiques.

Section 21

Les privilèges et immunités sont accordés aux fonctionnaires uniquement dans l'intérêt de l'Agence et non pour leur bénéfice personnel. Le Directeur général peut et doit lever l'immunité accordée à un fonctionnaire dans tous les cas où, à son avis, cette immunité empêcherait que justice ne soit faite et où elle peut être levée sans porter préjudice aux intérêts de l'Agence. En ce qui concerne le Directeur général, c'est l'Assemblée qui a le droit de lever son immunité.

Section 22

L'Agence collabore en tout temps avec les autorités compétentes des membres parties au présent Accord en vue de faciliter la bonne administration de la justice, d'assurer l'observation des règlements de police et d'éviter tout abus auquel pourraient donner lieu les privilèges, immunités et facilités énumérés au présent article.

Article VII Experts

Section 23

1. Les experts (autres que les fonctionnaires visés à l'article VI), lorsqu'ils siègent dans un comité ou un groupe de travail de l'Agence ou accomplissent des missions pour l'Agence, jouissent des privilèges et immunités suivants nécessaires pour exercer leurs fonctions de manière efficace, y compris le temps du voyage en lien avec le travail au sein du comité, du groupe de travail ou lors de la mission:

- (a) immunité d'arrestation personnelle ou de saisie de leurs bagages personnels;
- (b) immunité de toute juridiction en ce qui concerne les actes accomplis par eux dans l'exercice de leurs fonctions officielles (y compris leurs paroles et écrits),

ihrer mündlichen und schriftlichen Äußerungen); diese Immunität bleibt auch dann bestehen, wenn die betreffenden Personen nicht mehr in den Ausschüssen oder Arbeitsgruppen der Organisation tätig sind oder keine Aufträge für die Organisation mehr durchführen;

- c) die gleichen Erleichterungen in Bezug auf Währungs- und Devisenbeschränkungen und auf ihr persönliches Gepäck, wie sie den Bediensteten ausländischer Regierungen in vorübergehendem amtlichen Auftrag gewährt werden;
- d) Unverletzlichkeit ihrer Papiere und Dokumente, die sich auf Arbeiten beziehen, die sie für die Organisation ausführen;
- e) das Recht, für ihren Nachrichtenverkehr mit der Organisation Verschlüsselungen zu verwenden sowie Papiere und Korrespondenz durch Kurier oder in versiegelten Behältern zu empfangen.

(2) Für die Zwecke des Absatzes 1 erhalten die Sachverständigen eine vom Generaldirektor unterzeichnete Bescheinigung, in der bestätigt wird, dass sie in dienstlichen Angelegenheiten der Organisation reisen.

§ 24

In Verbindung mit § 23 Absatz 1 Buchstabe d gilt der in § 11 Satz 3 beschriebene Grundsatz.

§ 25

Die Vorrechte und Immunitäten werden den in § 23 Absatz 1 genannten Sachverständigen im Interesse der Organisation und nicht zu ihrem persönlichen Vorteil gewährt. Die Organisation hat das Recht und die Pflicht, die Immunität eines Sachverständigen in allen Fällen aufzuheben, in denen sie nach ihrer Auffassung verhindern würde, dass der Gerechtigkeit Genüge geschieht, und in denen sie ohne Schädigung der Interessen der Organisation aufgehoben werden kann.

Artikel VIII

Missbrauch der Vorrechte

§ 26

Ist ein Mitglied, das Vertragspartei dieses Übereinkommens ist, der Auffassung, dass ein Missbrauch der durch dieses Übereinkommen gewährten Vorrechte oder Immunitäten vorgekommen ist, so finden zwischen diesem Mitglied und der Organisation Konsultationen statt, um festzustellen, ob ein solcher Missbrauch vorgekommen ist, und um gegebenenfalls eine Wiederholung zu vermeiden. Führen diese Konsultationen nicht zu einem für das Mitglied und die Organisation befriedigenden Ergebnis, so wird die Frage, ob ein Missbrauch eines Vorrechts oder einer Immunität vorgekommen ist, nach § 32 einem Schiedsverfahren unterworfen. Stellt das Schiedsgericht fest, dass ein Missbrauch

nity to continue notwithstanding that the persons concerned are no longer serving on committees or working groups of, or employed on missions for, the Agency;

- (c) The same facilities in respect of currency and exchange restrictions and in respect of their personal baggage as are accorded to officials of foreign Government on temporary official missions;
- (d) Inviolability of their papers and documents relating to the work on which they are engaged for the Agency;
- (e) The right to use codes and to receive papers or correspondence by courier or in sealed bags for the purpose of their communications with the Agency.

2. For the purpose of paragraph 1, experts shall be given a certificate signed by the Director-General attesting that they are travelling on the business of the Agency.

Section 24

In connexion with section 23, paragraph 1(d), the principle contained in the last sentence of section 11 shall be applicable.

Section 25

Privileges and immunities are granted to the experts referred to in section 23, paragraph 1, in the interests of the Agency and not for the personal benefit of the individuals themselves. The Agency shall have the right and the duty to waive the immunity of any expert in any case where in its opinion the immunity would impede the course of justice, and it can be waived without prejudice to the interests of the Agency.

Article VIII

Abuses of Privilege

Section 26

If any Member party to this Agreement considers that there has been an abuse of a privilege or immunity conferred by this Agreement, consultations shall be held between that Member and the Agency to determine whether any such abuse has occurred and, if so, to attempt to ensure that no repetition occurs. If such consultations fail to achieve a result satisfactory to the Member and the Agency, the question whether an abuse of a privilege or immunity has occurred shall be submitted to arbitration in accordance with section 32. If the tribunal makes a finding that such an abuse has occurred, the Member party to this Agreement affected by such abuse shall have the right, after notification to the

cette immunité continuant à leur être accordée même après que ces personnes ont cessé de siéger dans le comité ou le groupe de travail ou de remplir des missions pour l'Agence;

- (c) mêmes facilités, en ce qui concerne les restrictions monétaires ou de change et leurs bagages personnels, que celles qui sont accordées aux fonctionnaires des gouvernements étrangers en mission officielle temporaire;
- (d) inviolabilité de leurs papiers et documents concernant le travail qu'ils réalisent pour l'Agence;
- (e) droit de faire usage de codes et de recevoir des documents ou de la correspondance par courrier ou par valises scellées aux fins de communications avec l'Agence.

2. Aux fins du paragraphe 1, les experts reçoivent une attestation signée du Directeur général certifiant qu'ils voyagent pour le compte de l'Agence.

Section 24

Aux fins du paragraphe 1(d) de la section 23, le principe énoncé dans la dernière phrase de la section 11 est applicable.

Section 25

Les privilèges et immunités sont accordés aux experts visés au paragraphe 1 de la section 23 dans l'intérêt de l'Agence et non pour leur bénéfice personnel. L'Agence peut et doit lever l'immunité accordée à un expert dans tous les cas où, à son avis, cette immunité empêcherait que justice ne soit faite et où elle peut être levée sans porter préjudice aux intérêts de l'Agence.

Article VIII

Abus des privilèges

Section 26

Si un membre partie au présent Accord estime qu'il y a eu abus d'un privilège ou d'une immunité accordés par le présent Accord, des consultations ont lieu entre ce membre et l'Agence en vue de déterminer si un tel abus s'est produit et, dans l'affirmative, d'essayer d'en prévenir la répétition. Si de telles consultations n'aboutissent pas à un résultat satisfaisant pour le membre et l'Agence, la question de savoir s'il y a eu abus d'un privilège ou d'une immunité est soumise à l'arbitrage conformément à la section 32. Si le tribunal constate qu'un tel abus s'est produit, le membre partie au présent Accord et affecté par ledit abus a le droit, après notification à l'Agence, de cesser de lui accorder le bénéfice du privilège

vorgekommen ist, so hat das Mitglied, das Vertragspartei dieses Übereinkommens ist und durch den Missbrauch berührt wird, das Recht, nach Mitteilung an die Organisation dieser gegenüber das betreffende Vorrecht oder die betreffende Immunität aufzuheben und zu verlangen, dass die betreffende Person das Hoheitsgebiet des Mitglieds verlässt, das Vertragspartei dieses Übereinkommens ist und durch den Missbrauch berührt wird.

§ 27

Gebietskörperschaften dürfen Vertreter der Mitglieder während der Wahrnehmung ihrer Aufgaben auf den durch die Organisation einberufenen Sitzungen und während ihrer Reisen zu und von den Sitzungsorten sowie die in § 17 genannten Bediensteten nicht zum Verlassen des Staates, in dem sie ihre Aufgaben wahrnehmen, wegen Handlungen zwingen, die sie in ihrer amtlichen Eigenschaft vornehmen. Missbraucht jedoch eine solche Person das Recht des Aufenthalts dadurch, dass sie in diesem Staat Tätigkeiten ausübt, die mit ihren amtlichen Aufgaben nicht in Beziehung stehen, so kann sie vorbehaltlich nachstehender Vorschriften zum Verlassen des Staates durch dessen Regierung gezwungen werden:

- a) Die Vertreter der Mitglieder oder die Personen, die diplomatische Immunität nach § 20 genießen, dürfen zum Verlassen des Staates nur gezwungen werden, wenn es im Einklang mit dem diplomatischen Verfahren steht, das auf die bei diesem Staat beglaubigten Diplomaten Anwendung findet;
- b) gegen Bedienstete, auf die § 20 keine Anwendung findet, darf ein Ausweisungsbeschluss nur mit Genehmigung des Außenministers des betreffenden Staates ergehen; diese Genehmigung darf erst nach Anhören des Generaldirektors der Organisation erteilt werden; wird ein Ausweisungsverfahren gegen einen Bediensteten eingeleitet, so hat der Generaldirektor der Organisation das Recht, ihn in diesem Verfahren zu vertreten.

Artikel IX**Reise und Visa**

§ 28

Die Anträge der Bediensteten der Organisation auf Ausstellung von (etwa erforderlichen) Visa sind von den Mitgliedern, die Vertragspartei dieses Übereinkommens sind, möglichst umgehend zu bearbeiten, sofern den Anträgen eine Bescheinigung beiliegt, in der bestätigt wird, dass diese Bediensteten in dienstlichen Angelegenheiten der Organisation reisen. Außerdem werden den betreffenden Personen Erleichterungen zur Beschleunigung der Reise gewährt.

Agency, to withhold from the Agency the benefits of the privilege or immunity so abused and to request that the individual concerned leave the territory of the Member party to this Agreement affected by such abuse.

Section 27

Representatives of Members at meetings convened by the Agency, while exercising their functions and during their journeys to and from the place of meeting, and officials within the meaning of section 17, shall not be required by the territorial authorities to leave the country in which they are performing their functions on account of any activities by them in their official capacity. In the case, however, of abuse of privileges of residence committed by any such person in activities in that country outside his or her official functions, he or she may be required to leave by the Government of that country provided that:

- (a) Representatives of Members, or persons who are entitled to diplomatic immunity under section 20, shall not be required to leave the country otherwise than in accordance with the diplomatic procedure applicable to diplomatic agents accredited to that country;
- (b) In the case of an official to whom section 20 is not applicable, no order to leave the country shall be issued other than with the approval of the Foreign Minister of the country in question, and such approval shall be given only after consultation with the Director-General of the Agency; and, if expulsion proceedings are taken against an official, the Director-General of the Agency shall have the right to appear in such proceedings on behalf of the person against whom they are instituted.

Article IX**Travel and Visas**

Section 28

Applications for visas, where required, from officials of the Agency, when accompanied by a certificate that they are travelling on the business of the Agency, shall be dealt with as speedily as possible by Members party to this Agreement. In addition, such persons shall be granted facilities for speedy travel.

ou de l'immunité dont il a été fait abus et de demander que la personne concernée quitte le territoire du membre partie au présent Accord et affecté par ledit abus.

Section 27

Les représentants des membres aux réunions convoquées par l'Agence, dans l'exercice de leurs fonctions et au cours de leurs voyages à destination ou en provenance du lieu de la réunion, ainsi que les fonctionnaires visés à la section 17, ne sont pas contraints par les autorités territoriales de quitter le pays dans lequel ils exercent leurs fonctions en raison d'activités exercées par eux en leur qualité officielle. Toutefois, dans le cas où une telle personne abuserait du privilège de résidence en exerçant dans ce pays des activités sans rapport avec ses fonctions officielles, elle peut être contrainte de quitter le pays par le gouvernement de celui-ci, sous réserve des dispositions ci-après:

- (a) les représentants des membres ou les personnes jouissant de l'immunité diplomatique aux termes de la section 20 ne sont pas contraints de quitter le pays si ce n'est conformément à la procédure diplomatique applicable aux agents diplomatiques accrédités dans ce pays;
- (b) dans le cas d'un fonctionnaire auquel ne s'applique pas la section 20, aucune décision d'expulsion n'est prise sans l'approbation du ministre des affaires étrangères du pays en question, approbation qui n'est donnée qu'après consultation avec le Directeur général de l'Agence; et si une procédure d'expulsion est engagée contre un fonctionnaire, le Directeur général de l'Agence a le droit d'intervenir dans cette procédure pour la personne contre laquelle la procédure est intentée.

Article IX**Voyages et visas**

Section 28

Les demandes de visas, si nécessaires, présentées par un fonctionnaire de l'Agence, sont traitées aussi rapidement que possible par les membres parties au présent Accord lorsqu'elles sont accompagnées de l'attestation certifiant que le fonctionnaire voyage pour le compte de l'Agence. En outre, ce fonctionnaire bénéficie de facilités pour voyager rapidement.

§ 29

Ähnliche Erleichterungen wie die in § 28 genannten werden den Sachverständigen und sonstigen Personen gewährt, die eine Bescheinigung besitzen, in der bestätigt wird, dass sie in dienstlichen Angelegenheiten der Organisation reisen.

Section 29

Similar facilities to those specified in section 28 shall be accorded to experts and other persons who have a certificate that they are travelling on the business of the Agency.

Section 29

Des facilités similaires à celles qui sont prévues à la section 28 sont accordées aux experts et autres personnes disposant d'une attestation certifiant qu'elles voyagent pour le compte de l'Agence.

§ 30

Dem Generaldirektor, dem stellvertretenden Generaldirektor und den Abteilungsleitern werden, wenn sie in dienstlichen Angelegenheiten der Organisation reisen, die gleichen Reiseerleichterungen gewährt wie den in vergleichbarem Rang stehenden Angehörigen diplomatischer Missionen.

Section 30

The Director-General, the Deputy Director-General, and heads of departments travelling on the business of the Agency, shall be granted the same facilities for travel as are accorded to agents of comparable rank in diplomatic missions.

Section 30

Le Directeur général, le Directeur général adjoint et les chefs de départements voyageant pour le compte de l'Agence bénéficient des mêmes facilités de voyage que celles qui sont accordées aux agents des missions diplomatiques de rang comparable.

Artikel X**Beilegung von Streitigkeiten**

§ 31

Die Organisation sieht geeignete Verfahren vor zur Beilegung

- a) von Streitigkeiten aus privatrechtlichen Verträgen oder von anderen privatrechtlichen Streitigkeiten, bei denen die Organisation Streitpartei ist, einschließlich Streitigkeiten zwischen der Organisation und einem Beschäftigten oder einer anderen Person, deren Dienste von der Organisation in Anspruch genommen worden sind;
- b) von Streitigkeiten, an denen ein Bediensteter der Organisation beteiligt ist, der aufgrund seiner amtlichen Stellung Immunität genießt, falls diese Immunität nicht nach § 21 aufgehoben worden ist.

Article X**Settlement of Disputes**

Section 31

The Agency shall make provision for appropriate modes of settlement of:

- (a) Disputes arising out of contracts or other disputes of private character to which the Agency is a party, including disputes between the Agency and a staff member or another individual whose services have been retained by the Agency;
- (b) Disputes involving any official of the Agency who by reason of his or her official position enjoys immunity, if immunity has not been waived in accordance with the provisions of section 21.

Article X**Règlement des différends**

Section 31

L'Agence prévoit des modes de règlement appropriés pour

- (a) les différends en matière de contrats ou autres différends de droit privé dans lesquels l'Agence serait partie, y compris les différends entre l'Agence et un membre du personnel ou une autre personne dont les services ont été utilisés par l'Agence;
- (b) les différends dans lesquels serait impliqué un fonctionnaire de l'Agence qui, du fait de sa situation officielle, jouit de l'immunité, si cette immunité n'a pas été levée conformément aux dispositions de la section 21.

§ 32

(1) Alle Streitigkeiten zwischen einem Mitglied, das Vertragspartei dieses Übereinkommens ist, und der Organisation, oder zwischen Mitgliedern, die Vertragsparteien dieses Übereinkommens sind, über die Auslegung oder Anwendung dieses Übereinkommens, die nicht durch Verhandlungen oder im Wege eines anderen vereinbarten Verfahrens beigelegt werden können, werden auf Ersuchen einer der Streitparteien zur endgültigen Entscheidung einem Gericht aus drei Schiedsrichtern vorgelegt. Jede Partei bestellt einen Schiedsrichter und teilt der anderen Partei dessen Namen mit. Der dritte Schiedsrichter, der den Vorsitz des Gerichts innehat, wird von den ersten beiden Schiedsrichtern bestellt. Können sich die ersten beiden Schiedsrichter innerhalb von dreißig (30) Tagen nach der Bestellung des zweiten Schiedsrichters nicht auf einen dritten Schiedsrichter verständigen, so wird der dritte Schiedsrichter durch den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs ernannt.

(2) Das Schiedsverfahren wird in einer Sprache und an einem Ort abgehalten, die die Streitparteien vereinbart haben. Die Mehrheit der Stimmen der Schiedsrichter reicht aus, um eine Entscheidung, auch in

Section 32

1. Any dispute between a Member party to this Agreement and the Agency or between Members party to this Agreement on the interpretation or application of this Agreement that cannot be settled by negotiation or other agreed mode of settlement shall be submitted for final decision to a tribunal of three arbitrators at the request of either party to the dispute. Each party shall appoint one arbitrator and advise the other party of the name of its arbitrator. The third arbitrator, who shall be the chairman of the tribunal, shall be appointed by the first two arbitrators. Should the first two arbitrators fail to agree upon the third arbitrator within thirty (30) days of the date of appointment of the second arbitrator, the third arbitrator shall be appointed by the President of the International Court of Justice.

2. The arbitration shall be held in a language and at a location agreed upon between the parties to the dispute. A majority vote of the arbitrators shall be sufficient to reach decisions, including those on proce-

Section 32

1. Tout différend entre un membre partie au présent Accord et l'Agence ou entre des membres parties au présent Accord, portant sur l'interprétation ou l'application du présent Accord, qui ne peut être réglé par la négociation ou par un autre mode agréé de règlement des différends est soumis pour décision finale à un tribunal composé de trois arbitres, à la demande de l'une des parties au différend. Chaque partie désigne un arbitre et informe l'autre partie du nom de son arbitre. Le troisième arbitre, qui assure la présidence du tribunal, est nommé par les deux premiers arbitres. Si les deux premiers arbitres ne parviennent pas à se mettre d'accord sur le troisième arbitre dans un délai de trente (30) jours à compter de la date de la désignation du deuxième arbitre, le troisième arbitre est nommé par le Président de la Cour internationale de Justice.

2. L'arbitrage se déroule dans une langue et en un lieu arrêtés d'un commun accord entre les parties au différend. Un vote à la majorité des arbitres suffit pour prendre les décisions, y compris celles qui

Verfahrensfragen, zu treffen; diese ist endgültig und bindend.

(3) Die Kosten des Schiedsverfahrens werden von den Streitparteien entsprechend der Festsetzung durch das Schiedsgericht getragen.

dural matters, which shall be final and binding.

3. The expenses of arbitration shall be borne by the parties to the dispute as assessed by the tribunal.

se rapportent aux questions de procédure; ces décisions sont définitives et exécutoires de plein droit.

3. Les frais d'arbitrage sont assumés par les parties au différend selon la répartition décidée par le tribunal.

Artikel XI

Allgemeine Bestimmungen

§ 33

Dieses Übereinkommen ist in Bezug auf die Organisation unter Berücksichtigung der Aufgaben auszulegen, die ihr durch ihre Satzung übertragen sind.

§ 34

Dieses Übereinkommen ist nicht so auszulegen, als beschränke oder beeinträchtige es die Vorrechte und Immunitäten, die in einer aufgrund der Errichtung des Sitzes der Organisation oder eines ihrer Büros im Hoheitsgebiet eines Mitglieds geschlossenen Vereinbarung zwischen dem Mitglied und der Organisation bereits vereinbart worden sind oder in Zukunft vereinbart werden. Dieses Übereinkommen darf nicht so angesehen werden, als würde es den Abschluss zusätzlicher Übereinkünfte zwischen einem Mitglied, das Vertragspartei dieses Übereinkommens ist, und der Organisation, mit denen die Bestimmungen dieses Übereinkommens angepasst oder die dadurch gewährten Vorrechte und Immunitäten erweitert oder eingeschränkt werden, abschließen.

§ 35

Dieses Übereinkommen ist nicht so auszulegen, als würde es die Bestimmungen der Satzung oder sonstige Rechte und Pflichten, die die Organisation hat, erwirbt oder übernimmt, aufheben oder davon abweichen.

Artikel XII

Schlussbestimmungen

§ 36

(1) Die Zustimmung eines Mitglieds, durch dieses Übereinkommen gebunden zu sein, erfolgt durch die Hinterlegung einer Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde beim Generaldirektor.

(2) Dieses Übereinkommen tritt dreißig (30) Tage nach der Hinterlegung der ersten Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde in Kraft.

§ 37

Es gilt als vereinbart, dass ein Mitglied dann, wenn in seinem Namen eine Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde hinterlegt wird, nach Maßgabe seiner Gesetze und sonstigen Vorschriften in der Lage ist, dieses Übereinkommen zur Anwendung zu bringen.

Article XI

General Provisions

Section 33

The provisions of this Agreement in relation to the Agency shall be interpreted in the light of the functions with which the Agency is entrusted by the Statute.

Section 34

The provisions of this Agreement shall in no way be construed to limit or prejudice the privileges and immunities which have been, or may hereafter be, agreed between a Member and the Agency in any agreement concluded by reason of the location of the Agency's headquarters or offices in the territory of that Member. This Agreement shall not be deemed to prevent the conclusion between any Member party to this Agreement and the Agency of supplemental agreements adjusting the provisions of this Agreement or extending or curtailing the privileges and immunities thereby granted.

Section 35

This Agreement shall not be construed so as to abrogate, or derogate from, any provisions of the Statute or any rights or obligations which the Agency may otherwise have, acquire, or assume.

Article XII

Final Provisions

Section 36

1. A Member's consent to be bound by this Agreement shall be effected by its deposit with the Director-General of an instrument of ratification, acceptance, approval or accession.

2. This Agreement shall enter into force thirty (30) days after the date of deposit of the first instrument of ratification, acceptance, approval or accession.

Section 37

It is understood that, when an instrument of ratification, acceptance, approval or accession is deposited on behalf of any Member, that Member will be in a position under its own laws or regulations to give effect to the terms of this Agreement.

Article XI

Dispositions générales

Section 33

Les dispositions du présent Accord sont interprétées à l'égard de l'Agence à la lumière des fonctions qui lui sont attribuées en vertu des Statuts.

Section 34

Les dispositions du présent Accord ne sauraient en aucun cas être interprétées comme comportant une limitation ou portant préjudice aux privilèges et immunités qui ont été déjà ou qui pourraient être accordés par un membre à l'Agence en raison de l'établissement de son siège ou de ses bureaux sur le territoire de ce membre. Le présent Accord ne saurait être interprété comme interdisant la conclusion, entre un membre partie au présent Accord et l'Agence, d'accords additionnels tendant à l'aménagement des dispositions du présent Accord, à l'extension ou à la limitation des privilèges et immunités qu'il accorde.

Section 35

Le présent Accord ne saurait être interprété comme abrogeant l'une quelconque des dispositions des Statuts, ni aucun droit ou obligation que l'Agence peut par ailleurs posséder, acquérir ou assumer, ni comme y apportant de dérogation.

Article XII

Dispositions finales

Section 36

1. Le consentement d'un membre à être lié par le présent Accord est exprimé par le dépôt d'un instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion auprès du Directeur général.

2. Le présent Accord entre en vigueur trente (30) jours après la date du dépôt du premier instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion.

Section 37

Il est entendu que lorsqu'un instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion est déposé au nom d'un membre quelconque, celui-ci doit être en mesure d'appliquer, en vertu de ses propres lois et règlements, les dispositions du présent Accord.

§ 38

Für jedes Mitglied, das dieses Übereinkommen nach der Hinterlegung der ersten Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde ratifiziert, annimmt, genehmigt oder ihm beiträgt, tritt dieses Übereinkommen am dreißigsten Tag nach der Hinterlegung seiner Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde in Kraft.

§ 39

(1) Vorbehaltlich der Absätze 2 und 3 verpflichtet sich jedes Mitglied, das Vertragspartei dieses Übereinkommens ist, dieses Übereinkommen anzuwenden, bis ein revidiertes Übereinkommen anwendbar geworden ist und das betreffende Mitglied das revidierte Übereinkommen angenommen hat.

(2) Jedoch kann jedes Mitglied, das Vertragspartei dieses Übereinkommens ist und dessen Mitgliedschaft beendet ist, eine schriftliche Notifikation an den Generaldirektor richten, der zufolge es beabsichtigt, der Organisation die Vergünstigungen aus diesem Übereinkommen von einem bestimmten Zeitpunkt an, der mindestens drei Monate nach dem Tag des Eingangs der Notifikation liegen muss, nicht mehr zu gewähren.

(3) Der Generaldirektor unterrichtet alle Mitglieder von jeder Notifikation, die ihm nach diesem Paragraphen übermittelt wurde.

§ 40

Auf Antrag eines Drittels der Mitglieder, die Vertragsparteien dieses Übereinkommens sind, hat der Generaldirektor der Organisation eine Konferenz zum Zweck der Revision des Übereinkommens einzuberufen.

§ 41

Dieses Übereinkommen wird von der Versammlung in arabischer, englischer, französischer und spanischer Sprache sowie in der Sprache des Staates des Verwahrers der Satzung abgefasst, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Auf Ersuchen eines oder mehrerer Mitglieder werden amtliche Wortlaute in einer der Amtssprachen der Vereinten Nationen außer Arabisch, Englisch, Französisch und Spanisch als verbindlich festgelegt.

Section 38

For each Member which ratifies, accepts, approves or accedes to this Agreement after the deposit of the first instrument of ratification, acceptance, approval or accession, this Agreement shall enter into force in respect of that Member on the thirtieth day following the deposit of its instrument of ratification, acceptance, approval or accession.

Section 39

1. Subject to the provisions of the following paragraphs of this section, each Member party to this Agreement undertakes to apply this Agreement until such time as a revised Agreement shall have become applicable and the said Member party shall have accepted the revised Agreement.

2. Each Member party to this Agreement, however, which has ceased to be a Member may address a written notification to the Director-General to the effect that it intends to withhold from the Agency the benefits of this Agreement as from a specified date, which shall not be earlier than three months from the date of receipt of the notification.

3. The Director-General shall inform all Members of any notification transmitted to him under the provisions of this section.

Section 40

At the request of one third of the Members party to this Agreement, the Director-General of the Agency shall convene a conference with a view to its revision.

Section 41

This Agreement is established by the Assembly in the Arabic, English, French and Spanish languages, as well as in the language of the State of the Depositary of the Statute, all being authentic. Official texts of other versions in any one of the official languages of the United Nations other than Arabic, English, French and Spanish, shall be authenticated on the request of one or more of the Members.

Section 38

Le présent Accord entre en vigueur pour chaque membre qui ratifie, accepte ou approuve le présent Accord ou qui y adhère après le dépôt du premier instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion, le trentième jour suivant le dépôt de son instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion.

Section 39

1. Sous réserve des dispositions des paragraphes ci-après de la présente section, chaque membre partie au présent Accord s'engage à appliquer ledit Accord jusqu'à ce qu'un accord révisé soit devenu applicable et que ledit membre ait accepté l'accord révisé.

2. Cependant, tout membre partie au présent Accord qui a cessé d'être membre peut adresser une notification écrite au Directeur général pour l'informer qu'il entend cesser d'accorder à l'Agence le bénéfice du présent Accord à partir d'une date déterminée qui ne pourra précéder de moins de trois mois celle de la réception de cette notification.

3. Le Directeur général informe tous les membres de toute notification qui lui est transmise conformément aux dispositions de la présente section.

Section 40

À la demande du tiers des membres parties au présent Accord, le Directeur général de l'Agence convoque une conférence en vue de la révision de l'Accord.

Section 41

Le présent Accord est établi par l'Assemblée en langues anglaise, arabe, espagnole et française, ainsi que dans la langue de l'État du dépositaire des Statuts, tous les textes faisant foi. Les textes officiels des versions dans l'une des langues officielles des Nations Unies autre que l'anglais, l'arabe, l'espagnol et le français, seront authentifiés à la demande de l'un ou de plusieurs des membres.

Denkschrift

I. Allgemeiner Teil

Auf maßgebliche Initiative der Bundesrepublik Deutschland wurde auf der Gründungskonferenz der Internationalen Organisation für erneuerbare Energien (IRENA) am 26. Januar 2009 in Bonn die Satzung der Internationalen Organisation für erneuerbare Energien (BGBl. 2009 II S. 634, 635) zur Unterzeichnung aufgelegt. Die Satzung trat nach Hinterlegung der 25. Ratifikationsurkunde am 8. Juli 2010 in Kraft (BGBl. 2010 II S. 867). Mit Zusammentreten der ersten Versammlung aller Mitglieder am 4. und 5. April 2011 war die Etablierung der IRENA als internationale Organisation vollständig abgeschlossen.

Ziel von IRENA ist es, die nachhaltige Nutzung erneuerbarer Energien weltweit zu beschleunigen. Das Mandat der IRENA erfasst die Förderung aller Formen erneuerbarer Energien (Bioenergie, Geothermie, Gezeiten- und Strömungsenergie, Solarenergie, Wasserkraft und Windenergie). IRENA ist damit die erste und einzige internationale Organisation, die sich ausschließlich der weltweiten Förderung erneuerbarer Energien verschrieben hat. Sie wird inzwischen von mehr als 150 Staaten unterstützt, wobei 107 Staaten und die Europäische Union (EU) die IRENA-Satzung ratifiziert und weitere 50 sie gezeichnet haben (Stand: Februar 2013).

Nach Artikel XIII Absatz B der Satzung der IRENA beschließen die Mitglieder der Organisation über ein gesondertes Übereinkommen über Vorrechte und Immunitäten. Im Anschluss an die erste Versammlung legte das Sekretariat einen ersten Entwurf vor, der sich eng an dem Abkommen vom 21. November 1947 über die Vorrechte und Befreiungen der Sonderorganisationen der Vereinten Nationen (BGBl. 1954 II S. 639, 640) orientierte, wobei die Regelungen an die besonderen Bedürfnisse von IRENA angepasst wurden und berücksichtigt wurde, dass IRENA nicht auf ein ebenso umfassendes internes Rechtssystem zurückgreifen kann wie die Vereinten Nationen und die ihnen angehörigen oder mit ihnen institutionell verbundenen Einrichtungen. In dem Übereinkommen werden die Rechte und Befugnisse von IRENA sowie die Pflichten, Vorrechte, Immunitäten und Erleichterungen der Bediensteten der Organisation sowie von Delegierten ihrer Mitglieder geregelt. Der Entwurf wurde von den Mitgliedstaaten mehrfach erörtert. Im Zuge dessen einigten sie sich auch darauf, dass das Übereinkommen neben Englisch auch in arabischer, deutscher, französischer und spanischer Sprache ausgearbeitet und in all diesen verbindlichen Fassungen der Versammlung zum Beschluss vorgelegt werden solle. An der anschließenden umfangreichen sprachjuristischen Prüfung der verschiedenen Fassungen war das Auswärtige Amt beteiligt. Am 13. Januar 2013 beschloss die dritte Versammlung der IRENA das Übereinkommen in den fünf verbindlichen Sprachen.

Das Übereinkommen ist die rechtliche Grundlage, um IRENA in ihren Mitgliedstaaten den international üblichen Standard an Vorrechten und Immunitäten zu gewähren, die zur Wahrung der Unabhängigkeit und Funktionsfähigkeit der Organisation notwendig sind. Es ergänzt im Falle der Bundesrepublik Deutschland die bereits erfolgte Gewährung von Privilegien und Immunitäten im Abkommen vom 5. April 2011 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Internationalen Organisation für erneuerbare Energien über den Sitz des IRENA Innovations- und Tech-

nologiezentrums (IITC) in Bonn (Sitzabkommen) (BGBl. 2011 II S. 1010, 1012). Das IITC ist eine der drei Fachabteilungen des IRENA-Sekretariats und seit April 2011 in Bonn angesiedelt. Das Sitzabkommen trat am 22. Dezember 2011 in Kraft (BGBl. 2012 II S. 191). Einige Privilegien gewährt das Sitzabkommen zunächst für fünf Jahre: Sollte bis dahin kein allgemeines IRENA-Privilegien- und Immunitätenübereinkommen in Kraft getreten sein, würde die Gewährung aus dem Sitzabkommen vorübergehend bis zum Inkrafttreten eines solchen allgemeinen Übereinkommens suspendiert.

Die Ratifikation des vorliegenden Übereinkommens schafft die Voraussetzungen, dass Deutschland glaubwürdig gegenüber anderen Staaten deren Ratifikation und damit die gleiche Gewährung von Immunitäten und Privilegien für die Organisation durch möglichst viele Mitgliedstaaten einfordern kann.

II. Besonderer Teil

In der Präambel wird auf die Regelungen der Satzung Bezug genommen, die die innerstaatliche Rechtsfähigkeit der Organisation und den Beschluss der Mitglieder über ein gesondertes Übereinkommen über Vorrechte und Immunitäten vorsehen.

Artikel I § 1 definiert die in den folgenden Bestimmungen verwendeten spezifischen Begriffe.

Artikel II § 2 legt fest, dass IRENA volle Rechtspersönlichkeit und Rechtsfähigkeit besitzt und führt beispielhaft Handlungen an, die sie daher vornehmen kann.

Artikel III § 3 regelt die Immunität von IRENA, ihrer Gelder, Guthaben und sonstigen Vermögenswerte von der Gerichtsbarkeit.

Artikel III § 4 bestimmt, dass die Räumlichkeiten von IRENA unverletzlich und Gelder und Guthaben von IRENA von jeder Form von Eingriffen durch die vollziehende Gewalt befreit sind.

Artikel III § 5 legt die Unverletzlichkeit der Archive, Dokumente und Materialien von IRENA fest.

Artikel III § 6 bestimmt, dass IRENA Gelder, Gold oder Devisen jeder Art besitzen und Konten in jeder Währung unterhalten kann, ohne Kontrollen, Regelungen oder Stillhaltemaßnahmen unterworfen zu sein, und dass IRENA das Recht hat, ohne finanzielle Kontrollen, Regelungen oder Stillhaltemaßnahmen die genannten Vermögenswerte innerhalb eines Staates und zwischen Staaten zu transferieren sowie Devisen in jede Währung umzuwechseln.

Artikel III § 7 verpflichtet die Organisation, bei der Ausübung ihrer Rechte Rücksicht auf die Vorstellungen des gewährenden Staates zu nehmen, soweit sie dies tun kann, ohne ihre eigenen Interessen zu schädigen.

Artikel III § 8 enthält Befreiungen der Organisation, ihrer Guthaben, Einkünfte und sonstigen Vermögenswerte von direkten Steuern sowie von Zöllen, Ein- und Ausfuhrverboten und -beschränkungen. Nach der von Deutschland in den Verhandlungen zum Übereinkommen abgegebenen Interpretationserklärung ist die Regelung nicht so auszulegen, als befreie sie die Bundesrepublik Deutschland von der Anwendung der Verbote und Beschränkungen, die durch internationale oder mehrseitige

Sanktionen oder Exportkontrollbestimmungen aufgrund internationaler oder mehrseitiger Verpflichtungen auferlegt werden und für Güter gelten, die aus der Bundesrepublik Deutschland aus- oder in die Bundesrepublik Deutschland eingeführt werden. Die Interpretationserklärung ist dieser Denkschrift als **Anlage** beigelegt. Sie wird gemeinsam mit der Ratifikationsurkunde hinterlegt werden.

Nach Artikel III § 9 beansprucht IRENA zunächst grundsätzlich keine Befreiung von Steuern und sonstigen Abgaben, die im Preis von beweglichem oder unbeweglichem Vermögen enthalten sind. Die Vertragsstaaten treffen jedoch geeignete Verwaltungsanordnungen zur Befreiung oder Erstattung von solchen Steuern und Abgaben für den Fall, dass IRENA für ihren amtlichen Bedarf größere Einkäufe tätigt.

Artikel IV § 10 sichert IRENA im Hinblick auf ihren amtlichen Nachrichtenverkehr und ihre amtliche Korrespondenz die gleiche Behandlung zu, die Regierungen und diplomatische Missionen im Vertragsstaat bzw. gegebenenfalls in der EU erfahren. Neben Kabelgrammen, Telegrammen, Funktelegrammen, Funkbildern und Fernspreverbindungen nennt der Artikel als sonstige Form des Nachrichtenverkehrs ausdrücklich die elektronische Kommunikation. Dies stellt eine bewusste Modernisierung im Vergleich zum Abkommen vom 21. November 1947 über die Vorrechte und Befreiungen der Sonderorganisationen der Vereinten Nationen dar.

Artikel IV § 11 stellt fest, dass der amtliche Nachrichtenverkehr und die amtliche Korrespondenz von IRENA unverletzlich sind und nicht der Zensur unterliegen. Er ermächtigt IRENA, Verschlüsselungen zu verwenden, und gewährt für ihre Korrespondenz dieselben Vorrechte und Immunitäten, wie sie für diplomatische Kurier und diplomatisches Kuriergepäck gelten. Dies schließt nach Satz 3 nicht die Einführung geeigneter Sicherheitsmaßnahmen durch Vereinbarung zwischen IRENA und einem Vertragsstaat bzw. gegebenenfalls der EU aus.

Artikel V § 12 regelt die Vorrechte und Immunitäten der Vertreter der Mitglieder im Sinne des Artikels I § 1 Buchstabe e des Abkommens. Sie beinhalten die Immunität von der Festnahme oder Haft und von der Beschlagnahme des persönlichen Gepäcks, die Immunität von der Gerichtsbarkeit hinsichtlich der von den Delegierten in ihrer Eigenschaft als Delegierte vorgenommenen Handlungen einschließlich mündlicher und schriftlicher Äußerungen, die Unverletzlichkeit aller Papiere und Dokumente, das Recht, Verschlüsselungen zu verwenden sowie Papiere und Korrespondenz durch Kurier und in versiegelten Behältern zu empfangen, die Befreiung von Einwanderungsbeschränkungen und Ausländermeldepflichten in Bezug auf sich und sie begleitende unmittelbare Angehörige, dieselben Erleichterungen in Bezug auf Währungs- und Devisenbeschränkungen wie für Vertreter ausländischer Regierungen in vorübergehendem amtlichen Auftrag sowie dieselben Immunitäten und Erleichterungen in Bezug auf ihr persönliches Gepäck wie für in vergleichbarem Rang stehende Mitglieder diplomatischer Missionen. Bezüglich der Befreiung von Einwanderungsbeschränkungen und Ausländermeldepflichten hat Deutschland in den Verhandlungen zum Übereinkommen eine Interpretationserklärung (siehe Anlage zur Denkschrift) abgegeben. Danach legt es die betreffende Regelung so aus, dass die Verpflichtungen und Maßnahmen

nach diesen Bestimmungen im Einklang mit dem Recht der Europäischen Union stehen.

Artikel V § 13 stellt klar, dass die in Artikel V § 12 genannte Immunität von der Gerichtsbarkeit hinsichtlich der von den Delegierten in ihrer Eigenschaft als Delegierte vorgenommenen Handlungen einschließlich mündlicher und schriftlicher Äußerungen auch dann noch gewährt wird, wenn der Betreffende nicht mehr mit der Wahrnehmung der Aufgabe befasst ist.

Artikel V § 14 legt fest, dass für die Erhebung von Steuern, die vom Aufenthalt des Steuerpflichtigen abhängen, die Zeiten, während derer sich Delegierte zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben bei durch die Organisation einberufenen Sitzungen in einem Vertragsstaat bzw. gegebenenfalls in der EU aufhalten, nicht als Aufenthaltszeiten gelten.

Nach Artikel V § 15 werden Vorrechte und Immunitäten den Vertretern der Mitglieder nicht zu ihrem persönlichen Vorteil, sondern zur Sicherstellung der Wahrnehmung ihrer Aufgaben im Zusammenhang mit IRENA gewährt. Ein Vertragsstaat bzw. gegebenenfalls die EU hat das Recht und die Pflicht, die Immunität ihres/seines Vertreters im Einzelfall aufzuheben, wenn dies ohne Beeinträchtigung des Gewährungszwecks geschehen kann.

Artikel V § 16 nimmt Staatsangehörige und Vertreter des gewährenden Staates davon aus, Artikel V §§ 12, 13 und 14 gegenüber den Behörden des gewährenden Staates geltend machen zu können.

Artikel VI § 17 ermächtigt IRENA, die Gruppen der Bediensteten festzulegen, auf die das Übereinkommen Anwendung finden soll. IRENA informiert die Vertragsstaaten über die Gruppen sowie in kurzen Zeitabständen über die Namen der ihnen angehörigen Bediensteten.

Artikel VI § 18 regelt die Vorrechte und Immunitäten der Bediensteten von IRENA. Hierzu gehören insbesondere die Immunität von der Gerichtsbarkeit hinsichtlich der von ihnen in Ausübung ihres Amtes vorgenommenen Handlungen und Äußerungen, die Befreiung von Steuern auf von IRENA bezahltes Gehalt, die Befreiung von Einwanderungsbeschränkungen und Ausländermeldepflichten, Erleichterungen bei Devisenangelegenheiten und bezüglich der Heimschaffung in Krisenzeiten sowie das Recht der zollfreien Einfuhr ihrer Möbel und persönlichen Habe beim Dienstantritt. Bezüglich der Befreiung von Einwanderungsbeschränkungen und Ausländermeldepflichten hat Deutschland in den Verhandlungen zum Übereinkommen eine Interpretationserklärung (siehe Anlage zur Denkschrift) abgegeben. Danach legt es die betreffende Regelung so aus, dass die Verpflichtungen und Maßnahmen nach diesen Bestimmungen im Einklang mit dem Recht der EU stehen.

Artikel VI § 19 befreit Bedienstete von nationaler Dienstleistung, allerdings gegenüber dem Vertragsstaat, dessen Staatsangehörigkeit ein Bediensteter besitzt, nur dann, wenn der Bedienstete in einer entsprechenden vom Vertragsstaat genehmigten und vom Generaldirektor geführten Liste genannt ist.

Artikel VI § 20 legt fest, dass der Generaldirektor von IRENA für sich und für seinen Vertreter sowie bestimmte unmittelbare Angehörige die Vorrechte, Immunitäten, Befreiungen und Erleichterungen genießt, die nach dem Völkerrecht den Diplomaten gewährt werden.

Nach Artikel VI § 21 werden Vorrechte und Immunitäten den IRENA-Bediensteten nicht zu ihrem persönlichen Vorteil, sondern im Interesse von IRENA gewährt. Der Generaldirektor hat das Recht und die Pflicht, die Immunität im Einzelfall aufzuheben, wenn dies ohne Schädigung der Interessen von IRENA geschehen kann. Im Falle der Immunität des Generaldirektors liegt das Recht zur Immunitätsaufhebung bei der Versammlung.

Artikel VI § 22 verpflichtet IRENA, jederzeit mit den zuständigen Behörden der Vertragsstaaten bzw. gegebenenfalls der EU zusammenzuarbeiten, um eine geordnete Rechtspflege zu erleichtern, die Einhaltung polizeilicher Vorschriften sicherzustellen und um Missbrauch im Zusammenhang mit den Erleichterungen, Vorrechten und Immunitäten zu verhindern, die in Artikel VI gewährt werden.

Artikel VII § 23 regelt die Vorrechte und Immunitäten von in Ausschüssen oder Arbeitsgruppen der Organisation tätigen oder von IRENA beauftragten Sachverständigen. Hierzu gehören insbesondere die Immunität von der Gerichtsbarkeit hinsichtlich der von ihnen in Ausübung ihres Amtes vorgenommenen Handlungen und Äußerungen, Erleichterungen in Bezug auf Währungs- und Devisenbeschränkungen und auf ihr persönliches Gepäck, die Unverletzlichkeit ihrer Arbeitsdokumente und -papiere sowie das Recht, für ihren Nachrichtenverkehr mit der Organisation Verschlüsselungen zu verwenden und Papiere und Korrespondenz durch Kurier oder in versiegelten Behältern zu empfangen.

Artikel VII § 24 verweist für die Unverletzlichkeit von Papieren und Dokumenten auf den in Artikel IV § 11 beschriebenen Grundsatz, dass die Einführung geeigneter Sicherheitsmaßnahmen durch Vereinbarung zwischen IRENA und einem Vertragsstaat bzw. gegebenenfalls der EU nicht ausgeschlossen ist.

Nach Artikel VII § 25 werden Vorrechte und Immunitäten den Sachverständigen nicht zu ihrem persönlichen Vorteil, sondern im Interesse von IRENA gewährt. IRENA hat das Recht und die Pflicht, die Immunität im Einzelfall aufzuheben, wenn dies ohne Schädigung der Interessen der Organisation geschehen kann.

Wenn nach Auffassung eines Vertragsstaats bzw. gegebenenfalls der EU ein Missbrauch von Vorrechten und Immunitäten vorliegt, finden nach Artikel VIII § 26 zwischen dem Vertragsstaat bzw. gegebenenfalls der EU und IRENA Konsultationen statt mit dem Ziel, einen Missbrauch festzustellen und künftigen Missbrauch zu verhindern. Wird in den Konsultationen kein für den Vertragsstaat bzw. gegebenenfalls die EU und IRENA zufriedenstellendes Ergebnis erzielt, so wird die Frage, ob ein solcher Missbrauch vorliegt, nach dem in Artikel X § 32 vorgesehenen Schiedsverfahren geklärt. Bei Feststellung eines Missbrauchs durch das Schiedsgericht kann der betroffene Vertragsstaat bzw. gegebenenfalls die EU nach Mitteilung an IRENA das betreffende Vorrecht oder die betreffende Immunität aufheben und verlangen, dass die betreffende Person das Hoheitsgebiet des betroffenen Vertragsstaats bzw. gegebenenfalls der EU verlässt.

Artikel VIII § 27 bestimmt, dass der Vertragsstaat Vertreter der Mitglieder während der Wahrnehmung ihrer Aufgaben und während der An- und Abreise zum bzw. vom Sitzungsort sowie Bedienstete nicht wegen Amtshandlungen ausweisen darf. Bei Missbrauch des Aufenthaltsrechts durch nichtamtliche Tätigkeiten kann die Re-

gierung des Vertragsstaats die Ausreise erzwingen, im Falle von Vertretern der Mitglieder und der in Artikel VI § 20 genannten Personen aber nur im Einklang mit dem für glaubigste Diplomaten im Vertragsstaat üblichen Verfahren, im Falle von Bediensteten nur mit Genehmigungsbeschluss des Außenministers, der zuvor einer Anhörung des IRENA-Generaldirektors bedarf. Der IRENA-Generaldirektor hat zudem das Recht, in einem gegen einen Bediensteten geführten Ausweisungsverfahren diesen zu vertreten.

Nach Artikel IX § 28 werden Bediensteten etwa erforderliche Visa so rasch wie möglich erteilt, wenn dem Antrag eine Bescheinigung beiliegt, dass es sich um eine dienstliche Reise handelt. Auch werden ihnen Möglichkeiten für zügiges Reisen zugesichert.

Artikel IX § 29 legt ähnliche Erleichterungen wie Artikel IX § 28 für Sachverständige und sonstige Personen fest, die eine Bescheinigung dafür besitzen, dass sie in Angelegenheiten von IRENA reisen.

Nach Artikel IX § 30 genießen der Generaldirektor, der stellvertretende Generaldirektor und die Abteilungsleiter bei Reisen in Angelegenheiten von IRENA die gleichen Reiseerleichterungen wie in vergleichbarem Rang stehende Angehörige diplomatischer Missionen.

Artikel X § 31 sieht vor, dass IRENA für geeignete Verfahren sorgt, mit denen privatrechtliche Streitigkeiten beigelegt werden können, an denen IRENA oder ein Bediensteter, der aufgrund seiner amtlichen Stellung Immunität genießt, beteiligt sind.

Artikel X § 32 sieht vor, dass Streitigkeiten zwischen einem Vertragsstaat bzw. gegebenenfalls der EU und der Organisation und zwischen Vertragsstaaten bzw. gegebenenfalls der EU untereinander, die nicht einvernehmlich zwischen den Vertragsparteien beigelegt werden können, auf Ersuchen einer Streitpartei einem dreiköpfigen Schiedsgericht vorgelegt werden. Ferner wird das Verfahren der Bestellung dieser Schiedsrichter und des Vorsitzenden des Schiedsgerichts geregelt. Ferner ist in Absatz 2 geregelt, dass die Streitparteien Sprache und Ort des Schiedsverfahrens vereinbaren und dass die Schiedsrichter endgültige und bindende Entscheidungen mit Stimmenmehrheit treffen. Nach Absatz 3 haben die Vertragsparteien die Kosten des Schiedsverfahrens entsprechend der Festsetzung durch die Schiedsrichter zu tragen.

Artikel XI § 33 legt fest, dass das Übereinkommen in Bezug auf IRENA unter Berücksichtigung ihrer satzungsgemäßen Aufgaben auszulegen ist.

Artikel XI § 34 bestimmt, dass das Übereinkommen nicht so auszulegen ist, als beschränke oder beeinträchtige es in einem gesonderten Sitzabkommen gewährte Vorrechte und Immunitäten. Für Deutschland als Gastland des IITC in Bonn bedeutet dies, dass die im Sitzabkommen der Bundesrepublik Deutschland mit IRENA gewährten Vorrechte und Immunitäten denen dieses Übereinkommens als spezieller vorgehen. Satz 2 erlaubt es der Organisation und einem Vertragsstaat ausdrücklich, eine gesonderte Übereinkunft zu schließen, mit der Bestimmungen dieses Übereinkommens angepasst oder die dadurch gewährten Vorrechte und Immunitäten erweitert oder eingeschränkt werden.

Die weitere Auslegungsvorschrift des Artikels XI § 35 sieht vor, dass das Übereinkommen Bestimmun-

gen der Satzung oder sonstige Rechte und Pflichten, die die Organisation hat, erwirbt oder übernimmt, nicht aufheben oder davon abweichen kann.

Nach Artikel XII § 36 Absatz 1 stimmt ein Mitglied von IRENA durch Hinterlegung einer Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde beim Generaldirektor zu, durch das Übereinkommen gebunden zu sein. Implizit wird damit auch geregelt, dass Verwahrer des Übereinkommens der Generaldirektor von IRENA ist. Absatz 2 bestimmt, dass das Übereinkommen 30 Tage nach der Hinterlegung der ersten Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde in Kraft tritt.

Nach Artikel XII § 37 gilt mit der Hinterlegung einer Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde durch ein Mitglied als vereinbart, dass es nach Maßgabe seiner Gesetze und sonstigen Vorschriften in der Lage ist, dieses Übereinkommen anzuwenden.

Artikel XII § 38 regelt, dass das Übereinkommen für jedes Mitglied, das nach Hinterlegung der ersten Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde ratifiziert, annimmt, genehmigt oder beitrifft, am dreißigsten Tag nach der Hinterlegung seiner entsprechenden Urkunde in Kraft tritt.

Artikel XII § 39 Absatz 1 legt fest, dass jeder Vertragsstaat bzw. gegebenenfalls die EU verpflichtet ist, das Übereinkommen anzuwenden, bis es geändert wird und das betreffende Mitglied die Änderung angenommen hat. Absatz 2 regelt die Kündigung dieses Übereinkommens durch schriftliche Notifikation an den Generaldirektor. Die Gewährung der Vergünstigungen nach dem Übereinkommen darf frühestens drei Monate nach Eingang der Notifikation ausgesetzt werden. Der Zeitpunkt der Aussetzung gibt der Vertragstaat bzw. gegebenenfalls die

EU in der Notifikation an. Nach Absatz 3 informiert der Generaldirektor alle Mitglieder von IRENA – nicht nur die Vertragsparteien des Übereinkommens – über jede erhaltene Kündigung.

Artikel XII § 40 bestimmt, dass der Generaldirektor eine Revisionskonferenz für das Übereinkommen auf Antrag von zwei Dritteln aller Vertragsparteien einberufen muss.

Artikel XII § 41 legt fest, dass das Übereinkommen in arabischer, englischer, französischer und spanischer Sprache sowie in der Sprache des Staates des Verwahrers der Satzung verbindlich ist. Verwahrer der Satzung ist gemäß ihres Artikels XX Absatz A die Regierung der Bundesrepublik Deutschland. Als Sprache des Verwahrers ist also auch der deutsche Wortlaut verbindlich. Die Umschreibung von Deutsch als Sprache des Verwahrers und die Nennung außerhalb der sonstigen Sprachaufzählung erfolgte, um Einklang mit einer Zusatzklärung zur Satzung herzustellen, wonach verbindliche Wortlaute der Satzung „auch in den anderen Amtssprachen der Vereinten Nationen als Englisch sowie in der Sprache des Verwahrers festgelegt werden“. Die Verbindlichkeit der deutschen Fassung sollte jedoch im Verhältnis zu den übrigen genannten Sprachen nicht abgestuft werden. Nach Satz 2 können amtliche Wortlaute in Chinesisch oder Russisch festgelegt werden, wenn ein oder mehrere Mitglieder von IRENA darum ersuchen. Wiederum sollte Einklang mit der Zusatzklärung zur Satzung insofern hergestellt werden, dass grundsätzlich alle Amtssprachen der Vereinten Nationen als verbindliche Wortlaute in Frage kommen. Zum Zeitpunkt des Beschlusses der Versammlung über das Übereinkommen lagen jedoch keine amtlichen Wortlaute in Chinesisch und Russisch vor, weil sich kein Mitglied darum bemüht hatte.

Anlage zur Denkschrift

**Einseitige Auslegungserklärung
der Bundesrepublik Deutschland zu Artikel III § 8 Buchstabe b,
Artikel V § 12 Buchstabe d und Artikel VI § 18 Buchstabe c
des Übereinkommens vom 13. Januar 2013
über die Vorrechte und Immunitäten
der Internationalen Organisation für erneuerbare Energien**

Die Bundesrepublik Deutschland erklärt, dass Artikel III § 8 Buchstabe b nicht so auszulegen ist, als befreie er die Bundesrepublik Deutschland von der Anwendung der Verbote und Beschränkungen, die durch internationale oder mehrseitige Sanktionen oder Exportkontrollbestimmungen aufgrund internationaler oder mehrseitiger Verpflichtungen auferlegt werden und für Güter gelten, die aus der Bundesrepublik Deutschland aus- oder in die Bundesrepublik Deutschland eingeführt werden.

Die Bundesrepublik Deutschland legt Artikel V § 12 Buchstabe d und Artikel VI § 18 Buchstabe c so aus, dass die Verpflichtungen und Maßnahmen nach diesen Bestimmungen im Einklang mit dem Recht der Europäischen Union stehen.

The Federal Republic of Germany declares that Art. III Section 8 (b) shall not be construed as exempting the Federal Republic of Germany from applying the prohibitions and restrictions imposed by international or multilateral sanctions or export control provisions stemming from international or multilateral obligations applicable to goods that are exported from or imported to the Federal Republic of Germany.

The Federal Republic of Germany interprets Art. V Section 12 (d) and Art. VI 18 (c) in such a way that the obligations and the measures undertaken under these provisions are in conformity with European Union law.

Anlage 2

Stellungnahme des Bundesrates

Der Bundesrat hat in seiner 909. Sitzung am 3. Mai 2013 beschlossen, zu dem Gesetzentwurf gemäß Artikel 76 Absatz 2 des Grundgesetzes wie folgt Stellung zu nehmen:

Zu Artikel 1 (§ 18 Buchstabe b des Übereinkommens)

Der Bundesrat bittet, im weiteren Gesetzgebungsverfahren zu prüfen, wie sichergestellt werden kann, dass die in § 18 Buchstabe b des Übereinkommens vom 13. Januar 2013 über die Vorrechte und Immunitäten der Internationalen Organisation für erneuerbare Energien geregelte Steuerfreistellung der Gehälter und Bezüge der Bediensteten der Organisation nur unter dem Progressionsvorbehalt erfolgen kann.

Begründung

§ 32b Absatz 1 Nummer 4 EStG verlangt für die Einbeziehung von Einkünften, die nach einem sonstigen zwischenstaatlichen Übereinkommen steuerfrei sind, in die Berechnung des Steuersatzes für die übrigen Einkünfte (Progressionsvorbehalt), dass diese Steuerfreiheit ausdrücklich unter dem Vorbehalt der Einbeziehung dieser Einkünfte in die Berechnung des Steuersatzes steht. Enthält ein zwischenstaatliches Übereinkommen wie das vorliegende keine Aussage zur Einbeziehung der Bezüge in die Berechnung des Steuer-

satzes, ist insoweit ein Progressionsvorbehalt ausgeschlossen. Damit ist es Deutschland verwehrt, diese Bezüge bei der Ermittlung des Steuersatzes für die übrigen Einkünfte des Bediensteten oder die Einkünfte seines Ehegatten zu berücksichtigen.

Eine interne Besteuerung durch die Organisation ist in dem Übereinkommen vom 13. Januar 2013 nicht vorgesehen. Damit sind die Gehälter und Bezüge steuerlich und wirtschaftlich betrachtet unbelastet.

Insoweit entsteht eine Ungleichbehandlung mit den Bediensteten anderer internationaler Organisationen (beispielsweise Einrichtungen der EU wie das Europäische Laboratorium für Molekularbiologie EMBL), die die Gehälter und Bezüge ihrer Bediensteten einer internen Besteuerung unterwerfen und so die Einmalbesteuerung sicherstellen.

Die Finanzministerinnen und Finanzminister der Länder haben daher bereits mit Beschluss vom 21. Mai 1992 die Bundesregierung gebeten, zukünftig bei Verträgen im Bereich der inter- und supranationalen Organisationen sicherzustellen, dass den Beschäftigten die Befreiung von der inländischen Besteuerung nicht ohne Progressionsvorbehalt eingeräumt wird.

Gegenäußerung der Bundesregierung

Die Bundesregierung nimmt zur Prüfbitte des Bundesrates wie folgt Stellung:

Die in § 18 Buchstabe b des Übereinkommens vom 13. Januar 2013 über die Vorrechte und Immunitäten der Internationalen Organisation für erneuerbare Energien geregelte Steuerfreistellung der Gehälter und Bezüge der Bediensteten der Organisation wurde bewusst nicht unter den Progressionsvorbehalt gestellt. Hintergrund war eine Abwägungsentscheidung der Bundesregierung mit Blick auf eine erfolgreiche Bewerbung um den Sitz der Organisation.

Die Bundesrepublik Deutschland ist einer der wichtigsten Initiatoren von IRENA und hat sich bei der Bewerbung um die Ansiedlung der Agentur im internationalen Rahmen verpflichtet, den Bediensteten der Organisation Steuerfreiheit in Bezug auf die ihnen von der Organisation gezahlten Gehälter und Bezüge zu gewähren. Dabei wurden die gleichen Standards der Vorrechte und Befreiungen eingeräumt wie für die Vereinten Nationen gemäß Artikel 4 des Gesetzes vom 16. August 1980 zu dem Übereinkommen vom 13. Februar 1946 über die Vorrechte und Immunitäten der Verein-

ten Nationen. Eine Einbeziehung der steuerbefreiten Gehälter und Bezüge in den Progressionsvorbehalt sieht das VN-Privilegienabkommen nicht vor.

Die Entscheidung der Bundesregierung, steuerrechtliche Vergünstigungen gemäß dem Übereinkommen über die Vorrechte und Immunitäten der Vereinten Nationen zu gewähren, erfolgte im Interesse einer erfolgreichen Bewerbung um den Sitz von IRENA. Zudem ist IRENA ihrer Struktur und avisierten weltweiten Mitgliedschaft wegen den VN-Organisationen vergleichbar.

Eine Änderung dieses Details im weiteren Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens ist nicht möglich und auch nicht gewollt, da sich Deutschland durch Zustimmung zu dem Abkommen bereits international entsprechend verpflichtet hat. Eine Einbeziehung der steuerbefreiten Gehälter der Bediensteten einer internationalen Organisation in den Progressionsvorbehalt ist nach § 32b Absatz 1 Nummer 4 des Einkommensteuergesetzes nur möglich, wenn das jeweilige zwischenstaatliche Übereinkommen dies ausdrücklich vorsieht.

